



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/30 - 12.3.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Zur Deutschland-Note Moskaus	S. 1
Skandinavisches Spionen-Idyll	S. 3
Streiflichter vom Remer-Prozeß	S. 4
Nachrichten aus der Sowjet-Zone	S. 7

Lissabon und Moskau

ae. Vorsichtige Zurückhaltung kennzeichnet die erste offizielle Reaktion Großbritanniens, Frankreichs und der USA auf die neueste sowjetische Deutschland-Note, während sich die Welt-
presse in wilden Spekulationen über den Wert und Unwert der Note ergeht. Der Sprecher der Bonner Bundesregierung dagegen war allzu schnell bereit, in seiner ersten Stellungnahme die Sowjet-
Note in Bausch und Bogen abzutun, da sie "eindeutig dokumentiere, daß die Sowjets nicht gewillt seien, von ihrer bisherigen Taktik und ihren bisherigen Plänen abzugehen".

Die Note kam nicht überraschend, sie ist die unvermeidliche Konsequenz aller bisher von der Sowjet-Union über den Volkskammer-Appell und Grotewohl-Brief eingeleiteten Schritte. Es kann sein, daß der Moskauer Vorschlag über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland als ein Störungsmanöver gedacht ist, dazu bestimmt, die alliierten Deutschland-Pläne, soweit sie auf eine militärische Eingliederung der Bundesrepublik in die westliche Verteidigungsgemeinschaft hinauslaufen, in einem schon ziemlich fortgeschrittenen Stadium der Verhandlungen empfindlich zu treffen. Man wird jedenfalls gut daran tun, sich keinen Illusionen über einen etwaigen Gesinnungs- und Stellungswechsel der Sowjet-Union hinzugeben. Andererseits können aus den rein taktisch bestimmten Bedürfnissen der Sowjets, sofern die Westmächte mit Zähigkeit, Geduld und Weitsicht reagieren, neue

Tatsachen entwickelt und geschaffen werden.

Die Note ist ausdrücklich an die drei Westmächte gerichtet. Es gibt Stimmen, auch im westlichen Lager, die unter Berufung auf die ablehnende Haltung der Sowjets zum Deutschland-Auftrag der UNO-Kommission dem Sowjet-Vorschlag jede Ernsthaftigkeit absprechen. Sie mögen vielleicht Recht behalten, aber das gilt es noch zu beweisen. Der Abschluß eines Friedens-Vertrages und damit die Liquidation des zweiten Weltkrieges ist nicht eine Angelegenheit der UNO, sondern ausschließlich eine Angelegenheit der an dem Krieg gegen das Dritte Reich beteiligten Mächte. Die Westmächte würden sich die Antwort allzu leicht machen, wenn sie nicht von sich aus jetzt mit dem nötigen Ernst und Geschick in diesem bedrohlichen Stadium alle, aber auch alle Möglichkeiten abtasteten und erprobten, die zur Wiedervereinigung Deutschlands führen können. Die Macht oder die Mächtegruppe, die durch Nachlässigkeit oder Sabotage, durch Voreingenommenheit und diplomatisches Unvermögen mögliche Chancen einer Auflockerung der internationalen Lage versäumt und damit die Spaltung Deutschlands verewigt, trägt die Hauptschuld an der dann sich vertiefenden Zerreißen Europas und der Welt, deren Folgen kein menschliches Gehirn wohl zu übersehen vermag.

Die Sowjet-Note entwirft ein verlockendes Bild von einem neutralisierten, bewaffneten, unabhängigen Deutschland, dem nur die eine Bindung auferlegt wird, sich nicht Staaten militärisch anzuschließen, gegen die es Krieg geführt hat. Es wäre müßig, in diesem Stadium sich Spekulationen über die möglichen Auswirkungen eines neutralen Deutschlands hinzugeben, das kraft seiner Bevölkerungszahl und seiner wiedererstandenen, wenn auch beschränkten militärischen Macht ein wirkungsvoller Riegel sein könnte, der jede enge Berührung zwischen den rivalisierenden USA und der Sowjet-Union auf einem der wichtigsten Gebiete der Erde ausschließt. Auch hier, wie schon bei anderen Gelegenheiten, schweigt sich die Sowjet-Note über einen Kardinalpunkt aus, der jedoch den Schlüssel für die Lösung der deutschen Frage in Europa enthält: Der Bildung einer freien, aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Nationalversammlung, aus deren Mitte erst eine aktions- und verhandlungsfähige deutsche Regierung erstehen muß, mit der ja erst ein Friedens-Vertrag abgeschlossen werden kann.

Es wird Sache der Westmächte und der Bundesrepublik sein, auf diese wunde Stelle in der Sowjet-Note mit aller Deutlichkeit hinzuweisen und die Sowjets auf eine klare und unmißverständliche Antwort festzulegen. Hier liegt die Möglichkeit einer wirkungsvollen deutschen Initiative. Den Anstoß dazu gaben schon die Beschlüsse des Bundestages in seiner berühmten Sitzung vom 27. September. Es wäre verhängnisvoll, wenn durch ein Nichtbestehen auf diesen Beschlüssen von deutscher Seite in den USA der Eindruck entstünde, daß wir es mit der deutschen Einheit gar nicht so eilig haben. Das könnte den USA den Vorwand geben, auch ihrerseits die Sache der deutschen Einheit weniger energisch voranzutreiben.

Skandinavisches Spionendytl

KRK - Stockholm

Vor einigen Monaten wurde in Norwegen ein Mann von der Anklage, für Rußland spioniert zu haben, aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Der Prozeß brachte immerhin zutage, daß es dem Spion recht leicht gemacht worden war, seine russischen Auftraggeber zufriedenzustellen. Er hat direkte Verbindung zur Sowjetlegation gehabt und sich gar nicht bemüht, ein Hehl daraus zu machen.

Die Entlarvung des schwedischen Marinespions Andersson, der nach kurzem Prozeß zu lebenslänglichem Kerker verurteilt worden ist, war immerhin auch mit der Erkenntnis verbunden, daß verblüffende Leichtgläubigkeit des schwedischen Volkes und mangelnde Kontrolle die Tätigkeit des Spions gefördert haben. Der Mann durfte mit der Kamera zwischen Festungswerken spazieren gehen, konnte ungehindert von einem Kriegshafen zum andern reisen und die Soldaten ausfragen, ja, dank seiner Uniform an den Wachen militärischer Objekte vorbei und zu diesen Objekten gehen, um sie auszukundschaften. Erst nachher hat man Legitimationszwang auch für Uniformierte bei militärischen Anlagen eingeführt. Der neulich entlarvte Spion Enbom hat es ebenso leicht gehabt. Ihm sind wichtige militärische Angaben sozusagen auf den Schreibtisch gelegt worden.

Den Gipfel der Ahnungslosigkeit hat man jedoch in Dänemark erreicht. Das geht aus einem Radiovortrag hervor, den ein junger dänischer Journalist in Kopenhagener Rundfunk eben gehalten hat. Er berichtete, daß es sehr leicht sei, militärische Geheimnisse des Landes auszukundschaften: Er hat sich nur an ein Büro für Zeitungsausschnitte gewandt und bei diesem Büro sich auf Ausschnitte militärischen Charakters abonniert. Im Laufe einer einzigen Woche bekam er 179 Mitteilungen, darunter einige von großem Wert. Die ganze "Arbeit" kostete ihn 40 dänische Kronen, und das kann ja beim besten Willen nicht als teuer bezeichnet werden. Der junge Journalist erzählte, er habe die Idee zu dieser Aktion durch eine Rede des Verteidigungsministers Petersen im Reichstag bekommen; der Verteidigungsminister hatte nämlich kritisiert, daß gewisse Zeitungen allzu "undicht"

sind, wenn es militärische Nachrichten zu behandeln gilt. Es zeigte sich bei der Untersuchung durch den jungen Journalisten, daß nicht nur gewisse Offiziere offenherzig sind, sondern auch gewisse Zeitungen, die von diesen Offizieren informiert werden.

Norwegen und Dänemark gehören nun dem Atlantik-Pakt an, und die militärischen Vorgänge in diesen beiden Ländern sind für die feindlich gesinnte Macht im Osten noch interessanter geworden, als sie früher waren. Waren die Verteidigungsvorbereitungen dieser beiden Länder früher in den Augen der Russen eine harmlose Angelegenheit, müssen sie nun doch ernstgenommen und genau verfolgt werden. Die schwedischen Verteidigungsmaßnahmen waren schon immer in den Augen jener Macht interessanter, weil sie eben immer ernstgenommen werden mußten.

+ + +

Die Tat des 20. Juli

Streiflichter aus dem Remer-Prozess

-dt, Braunschweig

"Die Mehrzahl der Zeugen ist leider tot". Diese erschütternde Feststellung warf der Anklagevertreter im Remer-Prozess, Generalstaatsanwalt Dr. Bauer, in einer der vielen erregten Auseinandersetzungen der Verteidigung zu. Rechtsanwalt Dr. Wehage, sonst reddegewandt wie niemand im Saal, wußte darauf nichts zu antworten.

Man muß den Remer-Prozess aus unmittelbarer Nähe erlebt, man muß die Akteure gesehen haben, um zu verstehen, worum es dabei in Wirklichkeit ging. Die Anklageschrift lautete auf "Üble Nachrede und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener", d.h. der Opfer des 20. Juli 1934. Natürlich ging es aber in erster Linie nicht um dieses kriminelle Delikt der §§ 186 und 189 des Strafgesetzbuches. Es ging einmal vorwiegend darum, wie der Generalstaatsanwalt in seinem Plädoyer sagte, "die Helden des 20. Juli endlich durch ein deutsches Gericht zu rehabilitieren". So dringend notwendig diese autoritative Feststellung in Deutschland ist - in Grunde und zuletzt ging es um die deutsche Demokratie schlechthin. Denn, dass dieser Prozess sieben Jahre nach einem so furchtbaren Zusammenbruch überhaupt abrollen musste, dass Männer, wie Remer, trotz allem, was geschehen ist, Verteidiger und -

Wähler finden, das zeugt von der furchtbaren Verwirrung, die noch immer oder schon wieder im deutschen Volk herrscht.

Sache und Akteure

Auch der geschickteste Regisseur hätte, wäre das Ganze ein Film gewesen, die handelnden Personen nicht besser auswählen können: der nichtsagende, zur Nebenfigur gewordene Remer, Verkörperung politischer Infantilität - sein Verteidiger, Dr. Wehage, eine eiskalte pietätlose Intelligenzmaschine, zur Rabulistik wie geboren - ein Gerichtsvorsitzender, Landgerichtsdirektor Heppe, der nicht aus seiner Haut konnte, die ihm im Aburteilen von Dieben und Hehlern gewachsen ist, in diesem Prozess ein hilfloser Mann "in Gewissensnot" - ein Staatsanwalt, der sich drei Tage lang darauf beschränken musste, die Verhandlungsführung im Rahmen der Prozessordnung zu korrigieren, der aber in seinem Plädoyer zeigte, was er kann - die Sachverständigen und die Zeugen mit bekannten Namen, von denen so mancher in den Gestapokellern gefoltert worden ist - schliesslich, von einem fast spürbaren Hauch warmen Mitleides berührt, Hinterbliebene der Opfer des 20. Juli.

Der Verteidiger Remers, Dr. Wehage, hatte einen schweren Stand. Als Hilfstuppen standen ihm kaum einige SRP-Funktionäre zur Seite, von denen man nicht erwarten konnte, dass sie gegen Remer aussagen werden. Damit war seine Zeugen-Liste erschöpft, kein Mann von Rang und Namen, kein Sachverständiger hatte sich gefunden - und das war eine Lichtseite des Prozesses - der etwas in die Wagschale Remers geworfen hätte. Umso interessanter war, wer zur Rehabilitierung der Männer des 20. Juli auftrat: drei Moraltheologen (zwei Protestanten, die eindeutig die gewaltsame Entfernung eines Tyrannen befürworteten und ein Katholik, der aus der Geschichte des Katholizismus die "Tyrannen-Tötung" nicht gutheissen konnte), ferner ein Generalleutnant a.D., der die "begrenzte Eidspflicht gegenüber Hitlers" begründete, ein Geschichtshistoriker, der den Widerstandskämpfern das Ethos ihrer Beweggründe bescheinigte und schliesslich, als schwerstes Gewicht, der Kriegshistoriker mit seinen Feststellungen: "Der Krieg musste am 20. Juli endgültig als verloren betrachtet gelten" und "Es hat weder eine halbfertige noch eine fertige deutsche Atombombe gegeben, durch Verrat haben die Kämpfe an keiner Front und zu keiner Zeit eine Beeinflussung erfahren, die Sabotage hat niemals einen spürbaren

Umfang angenommen".

Weder Hoch- noch Landesverrat

Wenn das Stichwort Landesverrat fiel, lag die Kardinalfrage des Prozesses bloss. Hochverrat sei ein Kavaliersdelikt, sagte Remer, "aber die Frage Landesverrat..." "...könne man nur im technisch-juristischen Sinne angehen", ergänzte rasch sein Verteidiger. Der Staatsanwalt stellte dazu klipp und klar fest: "Die Staatsanwaltschaft bestreitet in jedem Fall, dass irgendein Tatbestand des Hochverrats oder des Landesverrates vorliegt", denn der Staat Hitlers war nicht ein Rechtsstaat, sondern ein Unrechtsstaat. Auf einen Unrechtsstaat aber, auf eine Tyrannei, in der nicht Recht, sondern Willkür herrscht, könnten die für einen Rechtsstaat gedachten Begriffe des Hoch- und Landesverrates überhaupt nicht angewandt werden.

Generalstaatsanwalt Bauer, der mehrere Jahre im KZ zugebracht hatte, sparte sich seine Trümpfe für das Plädoyer auf. Dann belehrte er den Vorsitzenden: § 88 des Strafgesetzbuches lautet "Landesverrat begeht, wer m i t d e m V o r s a t z , das Wohl des Reiches zu gefährden. Staatsgeheimnisse in das Ausland gelangen lässt". Und er rief aus: "Wer will behaupten, dass auch nur einer der Widerstandskämpfer nicht in der heiligen Absicht gehandelt hat, seinem Volke zu dienen?" und warnend verwies er auf das Magdeburger Urteil gegen den Reichspräsidenten Ebert gegen das damals alle namhaften Juristen Deutschlands aufstanden.

Eigentlich erst kurz vor Schluss des Prozesses wurde ganz deutlich, dass das Verfahren auf zwei Gleisen geführt worden war: der Staatsanwalt hatte zu jeder Stunde den 20. Juli in den Mittelpunkt seiner Gedanken gestellt, war stets bemüht, zum Kern der Sache vorzustossen. Der Vorsitzende dachte im Grunde nur an die §§ 186 und 189 und die Verteidigung griff diesen Rettungsanker immer wieder hoffnungsvoll auf.

+

Mit gerunzelter Stirn hatte Remer fast die ganze Zeit über in die Szene geblickt. Ganz offenbar hat er nichts aus diesem Prozesse hinzugelernt, er wollte es auch gar nicht. Ausdrücklich beharrte er auf seine Behauptungen, die der Ausgangspunkt des ganzen Verfahrens waren. Das war nicht anders zu erwarten, es ist auch im Hinblick auf die geschichtliche Bedeutung des ganzen Vorganges unerheblich. Urteil und Urteilsbegründung stehen noch aus. Erst danach wird auch ein abschliessendes Wort über den Prozess möglich sein.

+ + +

Nachrichten aus der SowjetzoneDas Ostbüro der SPD teilt mit:

Zusätzlich zu den bereits in den Kollektivverträgen vorgenommenen Lohnkürzungen wurden im Eilenburger Zelluloid-Werk alle Zulagen an Arbeiter, die in gesundheitsschädigenden Betriebszweigen beschäftigt sind, gestrichen. Diese Maßnahme wurde von einer Kommission des Landratsamtes vorgenommen, die angeblich die Berechtigung der Milchzulagen in diesen Betriebszweigen überprüfen soll. Von der Streichung waren auch die Beschäftigten in den Labors betroffen, die wegen des Umgangs mit Säuren besonders gefährdet sind.

x

In dem volkseigenen Großbetrieb Abus-Wildau wurde bei einer Diskussion über die Betriebskollektivverträge für 1952 erklärt, daß die Küche ab sofort keinen Zuschuß aus dem Direktionsfonds bekommen könne. Der Direktionsfonds sei in erster Linie zur Auszeichnung von Aktivistenleistungen bestimmt. Kurze Zeit später wurde ein zweites besseres Essen eingeführt, das für Aktivisten gedacht ist, wofür der Betrieb auch weiterhin Zuschüsse zahlt. Die Lohngestaltung für Lehrlinge aufgrund des Betriebskollektivvertrages sehen eine Differenzierung zwischen den technischen und den kaufmännischen Lehrlingen vor. Während für die technischen Lehrlinge die Löhne gleich blieben, wurden sie für die kaufmännischen Lehrlinge wesentlich gesenkt. Auf die Proteste der Lehrlinge wurde erklärt, daß die DDR nur Interesse an technischem Nachwuchs habe.

x

Im Chemie-Werk Leuna wurde im Februar der letzte Wahlgang zu den Delegiertenwahlen durchgeführt, durch die eine neue BGL gewählt werden sollte. In Leuna hatte seit Ende 1950 keine beschlußfähige BGL mehr bestanden, da bis auf zwei alle übrigen BGL-Mitglieder ausgeschieden oder ausgeschlossen waren. Trotzdem wurden 1951 die Kollektivverträge durch die BGL abgeschlossen.

Bei diesen BGL-Wahlen machte sich der Widerstand der Belegschaft sehr stark bemerkbar. Etwa 23 Prozent der abgegebenen Stimmzettel waren ungültig gemacht. In einer Reihe von Abteilungen betrug die Anzahl ungültiger Stimmen über 40 Prozent. Bei der Konstituierung der neuen BGL wurde unter Hinweis auf den Beschluß des SED-Politbüros, wonach die SED dem FDGB jede Unterstützung gewähren müsse, eine linientreue Kommunistin zur BGL-Vorsitzenden ernannt. Bei der BGL-Wahl hatte sie die geringste Anzahl der Stimmen erhalten. Der mit den meisten Stimmen aus den Wahlen hervorgegangene Kandidat wurde von der SED für den Vorsitz als "nicht tragbar" bezeichnet. Vor der Konstituierung der Abteilungsgewerkschaftsleitungen wurde erklärt, daß den Vorsitz nur SED-Mitglieder einnehmen dürften.

x

Verantwortlich: Peter Raunau